

Calmer Tagblatt

Nr. 271

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Seite 10 Colonnen, Familienanzeigen 8 C. Pf., Kleinanzeigen 3 C. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Montag, den 19. November 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 80000,00 M. wöchentlich. Postbezugspreis 80000,00 M. ohne Postlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat Reichskanzler Dr. Stresemann die Politik der Reichsregierung im Ruhrkonflikt dargelegt. Er erklärte, daß der passive Widerstand aus finanziellen Gründen aufgegeben werden müßte, wie jedermann gegeben habe. Bedingungen habe man daran nicht knüpfen können, weil man keine Machtmittel zu ihrer Geltendmachung besitze. Im übrigen habe natürlich auch die moralische Widerstandskraft ihre Grenzen. Der Kanzler vertrete den Standpunkt, daß die außenpolitische Isolation Frankreichs von der französischen Politik nicht lange werde getragen werden können, wenn auch vorerst noch weitere Gewalttakte erfolgten.

Die Vorkonferenz soll heute zusammentreten, um über die Angelegenheiten der Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland und der Wiederaufnahme der Militärkontrakte Entscheidungen zu treffen. Während von englischer Seite wie üblich unklare Bemerkungen gemacht werden, und der Standpunkt vertreten wird, daß sich England zwar dem Protest der Alliierten gegen die Rückkehr des Kronprinzen anschließen werde, daß es aber etwaige Sanktionen, d. h. die von Frankreich gewünschte Besetzung weiteren deutschen Gebiets nicht mitmachen werde. Dagegen spricht die französische Presse, anscheinend inspiriert, offen davon, daß Frankreich zwar bestrebt sei, mit den Alliierten eine Einigung bezüglich des Vorgehens gegen Deutschland zu erlangen, besonders deshalb, weil bei gemeinsamem Vorgehen der Alliierten Deutschland immer nahegebehen habe, daß es aber darauf dringen werde, daß bei Meinungsverschiedenheiten jeder der Verbündeten seine Handlungsfreiheit erhalte. Es soll also wieder darauf hinausgehen, daß England vornehm „protestiert“, Frankreich aber die Gewaltpolitik fortsetzt.

Die Erdrosselungspolitik der Entente gegenüber Deutschland.

In der französischen Kammer hat Poincaré zur Einführung der Debatte über die äußere Lage eine seiner raffinierten Reden über das Ruhr- und Reparationsproblem gehalten, in der er wie immer die französische Politik als die friedfertigste und nachgiebigste der Welt hinstellte, und Deutschland als böswilligen Schuldner. Er führte unter chronologischer Darstellung der Entwicklung des Problems aus, daß Frankreich fortgesetzt Konzessionen gemacht habe und zu keiner Stunde die Absichten bekundet habe, die man ihm zuschreibe. Die Reparationskommission habe mit besonderer Sorgfalt (um eine möglichst hohe Summe herauszubekommen) die Höhe der deutschen Schuld bemessen, die wesentlich geringer bemessen worden sei als die englische Regierung gefordert habe. Poincaré richtet hier einen scharfen Angriff gegen England, auf dessen Aufnahme in London man gespannt sein darf. Ueberhaupt ist seine Rede stark mit Spitzweilen gegen die englische Politik gespickt, die er mehr oder weniger dialektisch verschleierte der Unehrlichkeit und Heuchelei bezichtigt. Er wies darauf hin, daß das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 doch einstimmig von den Alliierten ausgesprochen worden sei, und daß, wenn es Deutschland nicht angenommen hätte, man damals schon den Bezirk Essen besetzt hätte — also mit dem Einverständnis Englands, das hauptsächlich verantwortlich für den Zahlungsplan von 1921 gewesen sei. Poincaré wiederholte dann die übliche Behauptung, daß Deutschland absichtlich seine Währung ruiniert habe, um die Reparationen abschütteln zu können. Deshalb habe Frankreich, als die Reparationskommission die Verschleungen bezüglich der Sachleistungen festgestellt habe, das Ruhrgebiet besetzt, um seine Rechte als Gläubiger geltend zu machen. Es hätte auch Deutschland in 2 Teile teilen können. Das Reich habe dann mit Hilfe der Ruhrindustriellen den passiven Widerstand organisiert, um noch einmal den Versuch zu unternehmen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Die Manöver des passiven Widerstandes habe Frankreich nicht um seine Kaltblütigkeit gebracht, und es habe ausdrücklich erklärt, daß es nur nach Maßgabe der Zahlungen das Ruhrgebiet räumen werde. Nach der Aufgabe des passiven Widerstandes habe Deutschland die Sachleistungen einstellen wollen und die Industriellen hätten davon gesprochen, daß sie einen Teil ihrer Arbeiter entlassen und ihnen im übrigen die

10stündige Arbeitszeit aufzwingen wollten. Diese Bedingungen habe Frankreich nicht angenommen. Es seien Abschlüsse über Kohlenlieferungen auf Reparationskonto mit einigen Industriellen gemacht, und auch die übrigen Industriellen würden gezwungen sein, ähnliche Verträge abzuschließen. Die französischen Unterhändler hätten nicht eingewilligt, daß die Kosten dieser Abmachungen von den Arbeitern getragen würden und daß der 8-Stundentag verlegt würde. Wir sehen hier, wie schon am Samstag angedeutet, ganz klar das Bestreben Poincarés, die Gegenfälle im Innern Deutschlands zu verschärfen, um für sich Vorteile daraus ziehen zu können. Die Frage der von England und Amerika vorgeschlagenen Sachverständigenkonferenz beantwortete Poincaré dahin, daß Frankreich nur die Untersuchung durch die Reparationskommission habe annehmen können. Der Augenblick zur Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei augenblicklich schlecht gewählt, denn gegenwärtig sei sie sehr gering, was zur Herabsetzung der Schuld führen würde, was Frankreich nicht zulasse, umsoweniger, als es auch selbst Schuldner seiner Alliierten sei. Aber die Alliierten könnten gegenseitig nur Zahlungen fordern, wenn der Gelad von gestrichelten Schulden befreit habe. Trotz des Bedauerns, mit den Amerikanern nicht zusammen arbeiten zu können, bleibe man dabei, die Abschätzung durch die Reparationskommission vornehmlich zu lassen. Diese habe die notwendigen Reformen für Deutschland zu bezeichnen und ein Gesamtprogramm aufzustellen. Inzwischen werde man fortfahren, die Wälder immer intensiver auszubeuten. Diese Wälder seien die Ruhrbergwerke, die Eisenbahnregie, die Zollverwaltung und die Wälder. Bezüglich der Politik gegenüber den Alliierten erklärte Poincaré, aus Vergnügen habe Frankreich sich nicht isoliert; was an ihm (Poincaré) liege, werde getan, um in vollkommener Einigkeit mit den Alliierten zu handeln. Er hoffe, daß die durch den Krieg gestiftete Freundschaft mithelfen werde, daß sich die Alliierten doch noch über die Reparationsfrage und auch über die Sicherheitsfrage (?) verständigen. Aber in beiden Fragen könne Frankreich seine Rechte (?) nicht preisgeben (?). Wir sind überzeugt, daß diese Verständigung zustandekommt, weil wir die „Gegenfälle“ nie für grundfänglich gehalten haben, und selbstverständlich wird Deutschland die Kosten dieses „Streiks“ zu tragen haben.

Die Rede Poincarés sucht wie alle seine Reden den Eindruck zu erwecken, als ob nur Deutschland schuld an den Zuständen in den besetzten Gebieten sei, und lediglich die Ruhrindustriellen die Verantwortung für die Verzögerung der Wiederaufnahme der Arbeit trügen. Zu diesen heuchlerischen Behauptungen gibt eine Darstellung der Ruhrindustriellen über die Verhandlungen mit der Ingenieurkommission den geeigneten Kommentar. Die deutsche Regierung hatte die Forderung Poincarés, die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen wie überhaupt die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar bezüglich der Reparationen ablehnen müssen, weil unsere Finanzverhältnisse solche Leistungen nicht mehr zuließen. Deshalb hatten sich die Besenbesitzer bereit erklärt, die Reparationskohlenlieferungen durch Anspannung eigener privater Kredite vorläufig zu finanzieren, um dadurch die Kohlenlieferungen und damit die Gesamtwirtschaft des besetzten Gebiets wieder in Gang zu bringen. Als nun die Besenbesitzer nach 5wöchentlichen Verhandlungen mit der Kommission, während deren sie große finanzielle Zugeständnisse gemacht hatten, zu einer Vereinbarung zu kommen hofften, weigerte sich diese plötzlich die ursprünglichen Vorbedingungen, nämlich daß die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto angerechnet werden sollten, anzunehmen, und verlangte in ultimativer Form trotzdem die Zustimmung zu den übrigen Vereinbarungen. Darauf hin hat die Ingenieurkommission unter Umgebung des Hauptstreitpunktes in unklaren Wendungen den Industriellen mitgeteilt, daß sie die Bepfehlungen als abgeschlossen betrachte, und ihre Handlungsfreiheit wieder aufnehme. Im Zusammenhang mit dieser erneuten Verschleppung der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet dürften die obigen Ausführungen Poincarés über die Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen stehen. Man sieht, Frankreich sabotiert jede Möglichkeit, auf eine Verhandlungsgrundlage zu kommen, obwohl die Teuerung- und Erwerbslosenunruhen in den besetzten Gebieten von Tag zu Tag zunehmen. Inzwischen wird unsere Währungsnotkatastrophe zum Anlaß genommen, den Franken im besetzten Gebiet einzuführen, und der Separatistenputsch wird offen unterstützt, obwohl Poincaré tausendmal die „Neutralität“ Frankreichs beschwört.

Und was tun die andern Alliierten? In England werden die pompösen Reden gegen die Katastrophenpolitik Frankreichs fortgesetzt. Baldwin hat in seiner Verteidigungsrede vor Schluß des Parlaments gegen die Angriffe wegen der Passivität der Regierung in der europäischen Frage den Liberalen und der Arbeiterpartei erklärt, daß man den Tag des endgültigen Friedens in Europa nicht herbeizaubern könne, wenn man gleichzeitig eine neue Feindschaft in Europa hervorrufe. Er habe aber die Verbündeten wissen lassen, daß der heute noch im englischen Volk vorherrschende, nach einer Zusammenarbeit mit den Verbündeten drängende Geist sich nicht mehr lange werde aufrecht erhalten lassen, wenn die gegenwärtige Situation noch lange andauern sollte. Dann aber erging sich der Ministerpräsident in Befürchtungen über die deutsche Konkurrenz und reaktiviert so indirekt seine Passivität gegenüber der Vernichtungspolitik Frankreichs. Und in demselben pharisäischen Tone ist auch die Thronrede anlässlich der Auflösung des Parlaments gehalten, die von der „Besorgnis“ über die Verhältnisse in Europa spricht, und es bedauert, daß es nicht möglich gewesen sei, die Zustimmung der französischen Regierung zu den englischen Vorschlägen zu erhalten. In der Zeit bis zu den Neuwahlen ist nun die englische Regierung nach außen hin kaum aktionsfähig, was ihr von Lloyd George auch vorgeworfen wurde, aber vielleicht bricht bis dahin Deutschland vollends zusammen, dann kann man nachher umso besser wieder mit Frankreich über die Teilung der Einflußsphären im Rheinland verhandeln. Welches Interesse schließlich noch Amerika an der Herstellung der Ordnung in Europa hat, das geht aus der Meldung hervor, daß es auch gegen die Besetzung von Hamburg durch die Franzosen keinen Einspruch erheben würde. Wir sehen, was wir anlässlich des Einmarsches ins Ruhrgebiet gefast haben, hat bis auf den heutigen Tag Gültigkeit: England und Amerika haben keinen Finger gerührt, um die schandvollen Verbrechen eines gewiss wahnsinnigen und degenerierten Staats an einem von ihnen selbst wertlos gemachten Volk zu verhindern, ja sie haben durch ihre heuchlerischen Phrasen für die Franzosen nur Zutreibdienste geleistet, und begünstigen deren Erdrosselungspolitik durch ihre selbst gewählte „wohlmeinende Neutralität“. O. S.

Der Reichskanzler über den Ruhrkampf.

Berlin, 19. Nov. In der gestrigen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei sprach Reichskanzler Dr. Stresemann über die politische Lage. Daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine Notwendigkeit gewesen sei, bestreite niemand. Es werde ihm aber vorgeworfen, die Aufgabe sei bedingungslos erfolgt und habe den vollkommenen Zusammenbruch unserer Außenpolitik dokumentiert. Demgegenüber sei zweierlei festzustellen: Machtmittel, um die Bedingungen durchzusetzen, gab es nicht und die ideale Widerstandskraft, auf der der passive Widerstand zunächst aufgebaut wurde, war nicht von unbegrenzter Dauer. Und je schwerer die Ausgaben auf unseren Finanzen lasteten, umso mehr mußten wir uns entschließen, den Widerstand auch ohne Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben. Zweitens mußte versucht werden, ob sich mit Frankreich zu einer Lösung kommen lasse oder nicht. Die diplomatische Entwicklung, auch wenn sie sich praktisch erst in späterer Zeit auswirken könnte, gibt doch wohl kein Recht, von einem außenpolitischen Mißerfolg zu sprechen, soweit das Kabinett überhaupt imstande war, auf diese Entwicklung unmittelbar einzuwirken. Alle Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, daß in dem zielbewußten Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Mächte, in der Trennung Italiens von seinem Nachbarn und in dem Schwanken Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher. Er wolle gar nicht behaupten, daß die Wirkungen dieser Politik für uns zunächst unter allen Umständen glücklich seien. Die Bedeutung der Entwicklung liege für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleite. Diese Bedeutung bleibe auch bestehen, wenn die nächsten Folgen in weiteren Gewalttaten Frankreichs beständen. Er könne keine Hoffnung machen, daß es in Deutschland in nächster Zeit besser werden werde. Wir könnten unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen und ein weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Der Etat sei auf dem Papier ins Gleichgewicht gebracht. Ob er sich aber werde durchführen lassen, müsse erst die Praxis ergeben. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren können,

26,3 Ma.
11,5 Ma.
15,11 Ma.
18,345 Ma.
12,375 Ma.
18,5 Ma.
10 Ma.
Schweine
und 161 Milch-
Miner 160-350
Schweine 15 bis
arkt.) Es no-
45-54, II. 35
Kälber I. 69
6-110, II. 100
den Hofen- und
schlachten Bezugs-
n, Calw.
et. Calw.
für d. Oberamts-
bezirk Calw.
kosten.
mitgliedern bis auf
staatl. Gebühren-
eitsministers vom
in den Kosten für
n Fällen 10 vom
schreiten der Geld-
des Landes ver-
verlangen.
zutritt, ergeben
von 90 Prozent.
re diesbezüglichen
machen, damit der
ngt werden kann.
Berwalter: Prof.
cher Hof.
abends 8 Uhr
ddie Polo.
Eifersucht.
zieher!
ird in den
die
rschieds-
sgeld
ember
agblatt".
r
ucht.
a Geld.
Bad Teinach.
otmehl
mpfel t
iz, Handlung,
reichenbach.
telsheim.
i trüchtige
erschweine
t gegen eine
Milchkuh
Fr. Nagel.

ohne daß das ganze Reich zusammenbricht. Man macht sich in der Öffentlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle stehen, nämlich der Rentenbank. Mit den Krediten, die von dieser Seite kommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das besetzte Gebiet braucht für 10-14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Unser Kredit würde also, wenn wir auch noch wenige Wochen weiter zahlen wollten, bald erschöpft sein. Und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenmark erreichen wollten. Zu den Vorwürfen, daß es mit der Einführung einer wertbeständigen Währung lange gedauert habe, erklärte der Kanzler: Bei einer Ausgabe während des passiven Widerstandes wäre das wertbeständige Geld in ganz kurzer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld. Zur Kabinettsfrage sagte der Kanzler, das gegenwärtige Kabinett müsse sich die Mehrheit suchen und wenn es die Mehrheit nicht finde, so werde die Frage akut werden, ob der Reichstag aufgelöst werden solle oder ob das Direktorium kommen solle, das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stütze. Vor diesem zweiten Wege warne er. Käme die Diktatur, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwachse, nicht mehr tragen können. (Fortsetzung der Rede folgt.)

Eine Rundgebung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei für Stresemann.

Berlin, 19. Nov. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern in Berlin unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden, Finanzministers Dr. v. Richter, zu einer aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Sitzung zusammen. Der Parteivorsitzende, Reichskanzler Dr. Stresemann, hielt ein zweistündiges Referat über die gesamte innen- und außenpolitische Lage. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Aussprache, an der sich Vertreter aller Wahlkreise, sowie auch zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion beteiligten, gestaltete sich zu einer überwältigenden Vertrauenskundgebung für den Parteiführer und Reichskanzler Dr. Stresemann. Das Ergebnis der Aussprache fand seinen Ausdruck in folgender Entschließung: Der Zentralvorstand gedenkt in Trauer und mit Stolz der tapferen Volksgenossen an Rhein und Ruhr in dieser tiefsten Not und ist mit der Reichsregierung darin einig, daß der staatsrechtliche Zusammenhang des besetzten Gebietes mit dem Reich und den Ländern unverändert bleibt. Deutsch ist das besetzte Gebiet und deutsch soll es bleiben immerdar. Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Dr. Stresemann sein volles Vertrauen aus. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Aenderung in der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustande zu bringen, steht er in der Zusammenfassung der zur Zeit das Kabinett führenden Parteien unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit. Dabei nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgend welchen Forderungen der anderen Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist von ihr überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen wird. — Die Entschließung wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 200 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende, Dr. v. Richter, schloß die Tagung mit einem Dankeswort an alle Beteiligten, insonderheit an den Parteiführer Dr. Stresemann.

Poincaré wiederholt seine Absicht, das Ruhrgebiet nicht zu räumen.

Paris, 19. Nov. Poincaré sprach gestern bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Neuilly bei Paris. Unter Wiederholung aller seiner bekannten Argumente erklärte er u. a.: Die Reparationskommission wird die Deutschen anhören, die Sachverständigen ernennen, die sie zu ernennen bestimmt ist. Sie wird die Zahlungsfähigkeit Deutschlands heute, morgen und jedesmal dann abschätzen, wenn sie es für notwendig hält. Sie wird die Ziffern festlegen, die sie für richtig und billig hält unter Beibehaltung der Pfänder, die Frankreich in der Hand hat, und die es nur gegen endgültige Bezahlung freigeben wird.

Eine Aktion der belgischen Sozialisten?

Paris, 19. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel ist den Blättern zufolge der Sozialist Camille Hymans zu einer Konferenz nach Berlin abgereist, die, wie verlautet, eine Aktion der Sozialisten im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage in Deutschland vorbereiten soll.

Das englische Spiel in der Ruhrfrage.

London, 17. Nov. Ein ungenannter britischer Staatsmann erklärte in einer Unterredung mit dem politischen Beobachter der „Daily Telegraph“, die augenblickliche Lage in Europa sei weit kritischer, als man sich in England vorstelle. Die Gefahren lägen nicht in einem Bruch zwischen England und Frankreich, sondern in einem Bruch zwischen Frankreich und Deutschland, wenn letzteres den Vertrag von Versailles „zurückweise“, was militärische Operationen im Rhein bedeuten würden. England wolle verhandeln, ohne daß Deutschland auseinanderfalle und Mitteleuropa in Unruhe stürze. Der einzige Weg, dies zu verhindern, sei eine Kontrolle des französischen Vorgehens. Dadurch, daß England nicht ins Ruhrgebiet gegangen sei,

hätte es ihnen gestattet, ihren Plan voll zu entwickeln. Poincaré sei ein großer Staatsmann, jedoch kein Wirtschaftler. Er wolle nicht verstehen, daß England wirtschaftliche Zugeständnisse brauche, für welche von Seiten Englands politische Zugeständnisse zu machen wären. Als im Juli 1920 das Garantieabkommen abgelehnt wurde, seien beide Länder auseinandergetrieben worden. Trotzdem wisse man in England, daß die Entente für beide Teile notwendig sei.

Vertagung des englischen Parlaments.

Eine pharisäische Thronrede.

London, 16. Nov. Das Parlament ist heute geschlossen worden und zwar mit einer Thronrede, in der es u. a. heißt: Unglücklicherweise ist es nicht möglich gewesen, die Zustimmung der französischen Regierung zu den Vorschlägen der britischen Regierung zu erlangen, von denen gehofft wurde, daß sie zur Lösung des Reparationsproblems führen werden. Die Regierung betrachtet mit ernster Besorgnis die Fortdauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, die in so weitem Maße von der Lösung der Reparationsfrage abhängen. Die bedenkliche Lage, die sich in Deutschland entwickelt, nimmt die Aufmerksamkeit der Regierung sehr ernst in Anspruch.

Amerika läßt jeden französischen Gewaltstreich zu.

Paris, 16. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington wird die Nachricht, daß die Franzosen möglicherweise Hamburg besetzen würden, von dem Staatsdepartement offiziös bestätigt. Die Vereinigten Staaten würden natürlich die Beschlagnahme des deutschen Hafens ungern sehen, da diese auf eine Behinderung ihrer Handelsbeziehungen zu Deutschland hinauslaufen würde. Da aber die Besetzung im Zusammenhang mit einer Differenz auf Grund des Versailler Vertrages vor sich ginge, würden die Vereinigten Staaten nicht eingreifen.

Amerika und die Kronprinzenfrage.

Paris, 17. Nov. Havas berichtet aus Washington: In Beantwortung einer Anfrage, in der um genaue Angabe über die am Dienstag in einem öffentlichen Communiqué zum Ausdruck gebrachte Haltung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Wiederherstellung der Monarchie gebeten worden sei, sei im Weißen Hause erklärt worden, die Politik der Vereinigten Staaten, die seit langem speziell in der Monroe-Doktrin zum Ausdruck komme, habe stets dem republikanischen Regierungsgedanken zugeneigt. Das bedeute, daß nicht jedes beliebige Mitglied der Regierung oder auch nur die Regierung selbst das Recht hätte, einzugreifen, selbst wenn das Volk eine derartige Intervention wolle. Die Gründe, die die Vereinigten Staaten zum Eingreifen in den Krieg veranlaßt hätten, seien die Absicht gewesen, den Kaiser vom Thron zu verjagen, seine Ambitionen zu unterdrücken und all das zu verhindern, was die kaiserliche Regierung zu verwirklichen erstrebt. Die Unterzeichner des Versailler Vertrages müßten genügend Autorität besitzen, um diesen Bestimmungen des Vertrags Respekt zu verschaffen.

Washington, 17. Nov. Reuter zufolge glaubt Präsident Coolidge, das amerikanische Volk werde mit jedem Schritt der Alliierten zur Verhinderung einer Wiederherstellung einer Hohenzollernmonarchie sympathisieren, wenn auch die amerikanische Regierung selbst in Übereinstimmung mit einer seit langem bestehenden Tradition in dieser Angelegenheit nicht handeln könne.

Die Gewalttaten des Sonderbündlergefändels.

Speyer, 17. Nov. Wie wir aus privater, zuverlässiger Quelle hören, hat die separatistische Regierung der Pfalz den führenden Persönlichkeiten im Gewerkschaftsleben die Forderung gestellt, sich für die separatistische Regierung zu erklären. Erfolgt eine zustimmende Erklärung nicht binnen kurzer Frist, so drohen die Separatisten mit Ausweisung. Das Eigentum der Ausgewiesenen bleibt zurück und wird von den Separatisten versteigert.

Köln, 17. Nov. Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge mußten auf Anordnung der Rheinlandkommission die Sonderbündler aus Linz und Unkel abziehen. In Rheinbreitbach und Linz kam es zu blutigen Zusammenstößen, in deren Verlauf die Eindringlinge das Feld räumen mußten.

Die französischen Gewalttaten grenzenlos.

Darmstadt, 18. Nov. Die Franzosen, die schon mehrfach Personen den Zutritt zum Waldfriedhof verweigert haben, nahmen gestern 8 Personen, die sich zu einer Beerdigung begeben wollten, fest, trotzdem die Beerdigung angemeldet und genehmigt war. Die Festnahme erfolgte mit der Begründung, daß die Herren als Geiseln bis zur Rücklieferung einiger vor mehreren Tagen nach dem unbesetzten Deutschland desertierten Marokkaner festgehalten würden. Zwei Festgenommene sind inzwischen wieder freigelassen worden. Beschlagnahme wurde gestern ein Sanitätsauto der Rettungswache, weil es beim Drehen kurz vor der

Grenze diese um wenige Meter überfuhr. Die Sanitätser wurden festgenommen und erst nach 4 Stunden wieder freigelassen.

Fortdauer der Unruhen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. Nov. Die Plünderungen, die in der letzten Nacht trotz der Verkehrssperre stattfanden, sind außerordentlich zahlreich. In vielen Fällen wurden auch sinnlose Zerstörungen begangen. In den Morgenstunden wurden alle Fuhrwerke, die nach Düsseldorf über die Kölner Landstraße wollten, in Werften angehalten und ausgeraubt. Die Plünderer hatten dabei beiderseits der Straße Gräben ausgehoben, um die Polizei unter Feuer nehmen zu können. Gegen 2 Uhr nachts versuchte eine große Menschenmenge ein Straßenbahndepot zu stürmen, um die Einnahme des letzten Tages zu rauben. Der Versuch mißlang. Die Menge drohte, in der nächsten Nacht wiederzukommen. In zahlreichen Fällen erhielt die Polizei Gewehrfeuer.

Die Einführung der Frankenwährung für die rheinischen Eisenbahnen.

Koblenz, 18. Nov. Die Eisenbahngutscheine der Regie werden zu ihrem in französischen Franken bezeichneten Ausgabewert an allen Schaltern im Personen- und Güterverkehr angenommen. Die Scheine lauten auf Beträge von 5 Centimes bis 100 Francs und sind an den Bahnschaltern und Bank- und Kreditanstalten zu haben.

Zur auswärtigen Lage.

Italienischer Sieg in der Fiumefrage.

Paris, 16. Nov. Wie dem „Matin“ aus Belgrad gemeldet wird, berichtet die offiziöse „Kremje“, daß zwischen Italien und Südslavien ein Abkommen in der Fiumefrage zustande gekommen sei. Die südslavischen politischen Kreise glauben zu wissen, daß darin die Angliederung Fiumes an Italien und die Bildung einer südslavischen Freizone im Hafen von Fiume vorgesehen werde.

Das allgemeine Wahlrecht für Japan.

London, 18. Nov. Reuter meldet aus Tokio: Der Premierminister hat gestern vor einer Konferenz der Gouverneure und Präfekten die Politik der Regierung dargelegt. Sie umfasse in der Hauptsache die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die Verminderung der Ausgaben und die Förderung der Landwirtschaft und des Außenhandels. Der Premierminister betonte die Notwendigkeit strenger Sparpolitik im öffentlichen und privaten Leben.

Deutschland.

Eine Rundgebung der Katholiken Münchens.

München, 18. Nov. Das Zentralkomitee der Katholiken Münchens erläßt im „Bayrischen Kurier“ eine Rundgebung, in der die Ereignisse der letzten Tage aufs tiefste beklagt werden. Mit schärfster Entrüstung wird das unverantwortliche Treiben jener zurückgewiesen, welche die tragischen Vorgänge mißbrauchten zur Entfaltung eines wüsten Kampfes gegen die Kirche, die Priester und vor allem gegen Kardinal Faulhaber, der sich in schwerster Zeit mit Einsatz seiner ganzen Autorität, selbst seines Lebens vor das bedrohte Volk und das Vaterland gestellt und sich bemüht habe, die Not der Armen zu lindern. Die Rundgebung schließt: Sollte es aber notwendig werden, sollte man uns einen neuen Kulturkampf bereiten, so werden wir wissen, was wir zu tun haben. Für jetzt aber ist es unsere heilige Pflicht, die dem verehrten Kardinal zugehenden Beschimpfungen mit schärfster Entrüstung zurückzuweisen.

Ein Verfahren gegen Zeigner.

Dresden, 17. Nov. Der frühere Ministerpräsident Dr. Zeigner, der von einem längeren Urlaub nach Dresden zurückgekehrt ist, hat sein Landtagsmandat niedergelegt. — Er wird verschiedener rechtswidriger Handlungen beschuldigt.

Berlin, 18. Nov. Die Blätter melden nach den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, daß die Staatsanwaltschaft Leipzig gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ein Verfahren wegen Bestechlichkeit im Sinne des § 332 des Strafgesetzbuches eingeleitet hat. Dr. Zeigner soll seine Stellung als Justizminister seinerzeit dazu mißbraucht haben, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Domanikel der Begnadigung diese Strafen zu erlassen und zwar gegen Bar und viele Geschenke. Zeigner habe die Geschenke zum Teil in seiner Wohnung, zum Teil im Kaffeehaus, ja sogar auf der Straße in Leipzig entgegengenommen. Insbesondere habe er seine amtlichen Reisen zur Erledigung dieser Geschäfte benutzt. — Wie dazu ergänzend aus Dresden gemeldet wird, hat sowohl der sächsische Justizminister, wie die sozialdemokratische Partei es abgelehnt, in das Verfahren gegen Zeigner einzugreifen.

Die Sanitätser
Stunden wieder

Hessdorf.

gen, die in der
stättanden, sind
en wurden auch
Morgensstunden
rf über die Kdl.
haften und aus-
beiderseits der
zei unter Feuer
s versuchte eine
pot zu stürmen,
uben. Der Ver-
nächsten Nacht
erhielt die Po-

ung für die

cheine der Regie
ichneten Ausgabe-
Güterverkehr an-
von 5 Centimes
und Bank- und

age.

nefrage.

us Belgrad ge-
e, daß zwischen
der Fiumefrage
olitischen Kreise
ung Fiumes an
en Freizone im

Japan.

io: Der Premier-
Gouverneure und
egt. Sie umfasse
einen Wahlrechts,
berung der Land-
minister betonte
entlichen und pri-

Münchens.

der Katholiken
er eine Kund-
lage aufs tiefste
wird das un-
esen, welche die
ntfaltung eines
riester und vor
ch in schwerster
selbst seines
terland gestellt
zu lindern. Die
wendig werden,
ereiten, so wer-
für jetzt aber ist
n Kardinal zu-
trüftung zurück-

ner.

erpräsident Dr.
nach Dresden
niedergelegt. —
lungen beschul-
nach den „Leip-
atsanwaltschaft
ifterpräsidenten
sheit im Sinne
hat. Dr. Zeig-
seinerzeit dazu
g zu Freiheits-
markt der Be-
war gegen Bar-
henle zum Teil
is, ja sogar auf
Insbesondere
ung dieser Ge-
s Dresden ge-
tizminister, wie
in das Verfah-

Ende des Berliner Buchdruckerstreiks.

Berlin, 16. Nov. In den Betrieben des Berliner Buchdruckergerwerbes ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Die heutigen Abendzeitungen sind vollzählig erschienen.

Holländische Hilfsbereitschaft.

Berlin, 16. Nov. Prinz Heinrich der Niederlande, der Vorsitzende des holländischen roten Kreuzes, hatte eine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler über die Linderung der Not deutscher Kinder.

Bermischtes.

Der Geburten-Rückgang in Deutschland und Frankreich.

In einem Artikel des „L'Éclair“ vergleicht, wie San.-Kat Dr. Prinziding (Ulm) in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet, Ambroise Got, anknüpfend an die Worte von Clémenceau, daß Deutschland 20 Millionen Einwohner zuviel habe, die Entwicklung der Geburtenziffer in Deutschland und Frankreich. Er weist zunächst darauf hin, daß in Deutschland 1871—1914 die Bevölkerung von 40,9 auf 67,9 Millionen gestiegen sei, also sich um 66 Prozent vermehrt habe, während in Frankreich die Volkszahl nur von 35,9 auf 39,7 Millionen stieg, also einen Zuwachs von nur 11 Prozent aufwies. Nach dem Kriege hat die Bevölkerung Deutschlands 61 Millionen betragen, sie habe 1922 hauptsächlich infolge der Rückwanderung aus den abgetretenen Gebieten 63 Millionen betragen, was einer Vermehrung von 3 Prozent entspreche, während die Bevölkerung Frankreichs (mit Einschluß Elsaß-Lothringens) von 41,6 Millionen auf 39,3 Millionen zurückgegangen sei. Die Volkszahl mit 41,6 Millionen für 1919 ist aber zu hoch bemessen, sie betrug wahrscheinlich nicht mehr als 39 Millionen, bei der Volkszählung am 6. März 1921 wurden 39,2 Millionen gezählt. Got teilt dann die Zahlen der Bevölkerungsbewegung für die beiden Länder von 1919 bis Mitte 1922 mit. Aus Nachrichten in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ entnimmt Got, daß der Geburten-Überschuß in den deutschen Großstädten sich bedeutend verringert hat. Auf 1000 Einwohner kamen in diesen:

Lebend-Geburten	Sterbefälle	Geburten-Überschuß	
1921	20,1	12,6	7,5
1922	17,3	13,4	3,9

Die Geburten-Abnahme ist in den deutschen Großstädten ebenso groß wie in den französischen, dagegen haben die französischen Städte eine viel höhere Sterblichkeit sie ist etwa 18 Proz. Dazu kommt, daß in Frankreich der Geburten-Rückgang sich nicht auf die Städte beschränkt hat, sondern daß auch die Landbevölkerung daran stark beteiligt ist, in dem Maße, daß südlich der Loire in allen Bezirken die Bevölkerung abnimmt, oder höchstens gleich bleibt, während in Deutschland die Geburtenziffer auf dem Lande nur sehr langsam zurückgeht. Der Franzose schließt seinen Artikel mit den Worten: „Der Abstand zwischen Deutschland und Frankreich bleibt furchtbar und wenn wir nicht Waffen finden, um die Geißel der Entvölkerung zu bekämpfen, wird es uns unmöglich sein, in der Zukunft einen Graben auszufüllen, der sich täglich verbreitert.“ Diese Waffen können die Franzosen freilich im eigenen Lande nicht finden, denn der Bevölkerungsmißstand ist in Frankreich eine seit zwei bis drei Jahrzehnten beobachtete Erscheinung. Hierin wird sich auch künftig nichts ändern, das Angstgeschrei mag erhoben werden, so oft es will.

Kreuz und quer durch alemannisches Land.

(10. Fortsetzung.)

Es spricht für die Tragik des Grenzlandes, was mir am gleichen Orte der Gemeindefreier sagte. Wir sind einmal ein Grenzland, stets in der Hand des Siegers, jeder will uns, und es kann uns doch nicht jeder haben. Man wirft uns vor, daß wir auf beiden Ufern Wasser tragen. Kann es denn nach Lage der Dinge anders sein. Heute sollen wir verdammten, was wir gestern hoch erhoben haben, heute verbrennen, was wir gestern angebetet haben. O daß sich doch diese Länder einigen könnten, daß wir unser Schicksal selbst gestalten dürfen, dem Ausdruck zu verleihen, was wirklich unser Wille ist. Wir sprechen eine Sprache, die urdeutsch, mittelhochdeutsch ist und am meisten ans Nibelungenlied anklängt. *) Wir

*) Während bei den andern Stämmen des deutschen Südens die Sprache — auch der Dialekt — in stetiger Umbildung begriffen ist, ist das „Altsäker“ und „Schwizer“ Ditsch in seinen ursprünglichen Formen erkrankt, untermischt mit französischen Brocken. In Alemannien spricht der Gebildete genau so, wie der Bauer, wie denn auch der Abstand nicht so scharf eingehalten wird zwischen Pfarrer und Gemeindeglieder, wie hier zu Lande. Die Fühlung ist eine innigere, nähere. Das Bauernditsch unserer in den letzten 40 Jahren abgestorbenen Generationen hatte auch noch viel mehr Anklänge an das Alemannische, z. B. gläzraua (geschrien), Bresale von Brösamle und noch viel mehr Fremdausdrücke. Das „Honoratiorenschwäbisch“ und die Sprachreinigungsbewegung haben dazu beigetragen, abzuschleifen und veraltetes urwüchsiges zu verwischen und auszumergen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. November 1923.

Der Stand der Arbeiten am Schulhausneubau.

* Als der Gemeinderat im Frühommer den Bau des Realprogymnasiums unter Beihilfe der Amtskörperschaft beschloß, wurde gleichzeitig der dringende Wunsch ausgesprochen, daß im Hinblick auf die dauernde Geldentwertung der Bau so rasch als möglich durchgeführt werden sollte. Es wurden denn auch sofort Vorläufe von Baumaterialien vorgenommen, insoweit das nicht schon vorher geschahen war, und auf diese Weise sind gewaltige Summen erspart worden, die bei der fortschreitenden Geldentwertung hätten bezahlt werden müssen. Nach endgültiger Ausarbeitung der Pläne durch Architekt Haußer wurde mit den Aushebungsarbeiten am 15. August begonnen. Zuerst wurde dann die vordere, 3¼ Meter hohe Stühmauer gegen das Gewand Entenschnabel ausgeführt, die in 14 Tagen fertig gestellt war. Während dieser Zeit war auch die Baugrube ausgehoben worden, sodas am 6. September mit den Fundamentierungsarbeiten angefangen werden konnte. Bis zum 5. Oktober war der Bau bis zur Sockelhöhe gekommen, bis zum 26. Oktober war die Erdgeschosshöhe erreicht. Jetzt sind die Bauarbeiter auf der Höhe der Decke des 1. Stocks angelangt. Die Arbeiten wurden durch verschiedene Regentage verzögert. Günstiges Wetter vorausgesetzt, denkt die Bauleitung aber in 14 Tagen bis 3 Wochen bis zum Dachaufschlag fertig zu sein, sodas bis Weihnachten mit der vollständigen Fertigstellung des Rohbaus gerechnet wird.

Was die Bauausführung anbelangt, so wurde das Untergeschoß teils in Beton, teils in Bruchsteinmauerwerk ausgeführt. Durch die Verwendung der Bruchsteine aus dem städtischen Steinbruch erzielte man große Ersparnisse an Zement. Auch die Besteine (Portal und Fensterbänke) wurden aus dem städtischen Steinbruch gewonnen. Durch Entgegenkommen der Anlieger der Hermannstraße konnte ein Transportweg zur Baustelle geführt werden, wodurch eine direkte Rollbahnverbindung mit dem Steinbruch möglich war, was wiederum einen erheblichen Zeit- und Kostengewinn einbrachte. Der anfangs von der Badgasse her geplante Materialenaufzug wurde im Hinblick auf die nur teilweise Ausfüllung des Gesamtbaus als zu kostspielig weggelassen. Die Decken der Stockwerke werden aus massivem Eisenbeton hergestellt, die Umfassungs- und Innenwände in Gönninger Kunststuf, der, wie seinerzeit betont wurde, eine gute Isolation gegen Kälte und Wärme geben soll. Die Massivdecken über und unter den Schulhöfen sind sog. Hohlfußdecken, die besondere konstruktive Vorzüge aufweisen. Wie bekannt, werden die Mauerarbeiten von der Firma Albers & Stähler, Calw und sämtliche Eisenbetonarbeiten von der Firma Mangold-Reutlingen ausgeführt. Beide Firmen, die korrekt und rasch arbeiten, zeigen regstes Interesse, ihre Aufgaben mit möglichster Beschleunigung zu erledigen. Die Zimmerleute — die Zimmerarbeiten wurden bekanntlich die Firmen Kircher, Frey und Broß von Calw übertragen — haben letzte Woche mit dem Zurichten des Holzes begonnen und werden voraussichtlich die Aufbaubarbeiten bis zur Fertigstellung der letzten Stockwerksdecke beendet haben, sodas sofort mit dem Aufschlag des Dachs begonnen werden kann. Das sämtliche Baugeschäfte raschestens zur Durchführung gebracht werden sollen, das zeigt auch die jeweilige Heranziehung ausreichender Arbeitskräfte — 50—80 Mann — selbstverständlich aber nur nach Bedarf. Die Arbeiter sind fast durchweg in Calw und Umgebung ansässig, wodurch der Arbeitslosigkeit im Bezirk entgegengetreten wird.

Daß der Bau rasch und mit möglichster Ersparnis auf allen Gebieten durchgeführt werden kann und wird, dafür sind sowohl Architekt Haußer-Ludwigsburg, der die Pläne entsprechend gestaltet hat, wie die örtliche Bauleitung, Architekt Krieger aus Durlach, der im Benehmen mit dem Stadtbauamt als Bau-

fürher sämtliche Arbeiten beaufsichtigt und der auch die Pläne teilweise mit ausgearbeitet hat, jederzeit besorgt. Herr Krieger hat schon größere Bauwerke selbständig durchgeführt; seine Rührigkeit und Sachkundigkeit werden zweifellos wesentlich zu einem guten Gelingen des Bauwesens beitragen.

Nach dem jetzigen Stand des Baus gewinnt man den Eindruck, daß das neue Schulhaus — auch ohne Flügelbauten — ein ruhiges und vornehmes Gebäude von monumentalem Charakter zu werden verspricht, das an einem ideal gelegenen Platz das Stadtbild nach allen Seiten beherrschend überblicken wird, ohne das Gelände gegen die Panoramastraße drückend zu beeinflussen. Hoffen wir, daß die Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Lage es der Stadt noch gestattet, den Bau auch weiterhin bis zur glücklichen Vollendung zu finanzieren, denn die Opfer, die bisher schon gebracht worden sind, sind wahrlich sehr beachtenswert.

Abermalige Verdoppelung der Postgebühren.

Unter dem Zwang der außerordentlichen Geldentwertung hat die Postverwaltung die seit dem 12. Nov. geltenden Postgebühren vom 20. Nov. an verdoppeln müssen. Ausgeschlossen von der Verdoppelung bleiben die Zeitungsgebühr, die Gebühr für Blindenschriftsendungen, die Versicherungsgebühr, die Gebühr für Einzahlungen im Postscheckverkehr, die Postanweisungsgebühr.

Zeitgemäße Gartenarbeiten.

Unter einer Obstbaumpflanzung muß die Erde möglichst tief umgegraben werden, insbesondere sind in Grasgärten größere Streifen um die Stämme aufzugraben. Diese Arbeit ist nach dem Ausputzen der Bäume vorzunehmen, was am vorteilhaftesten im November geschieht und darin besteht, daß ineinandergewachsene, kranke, knorrige Äste entfernt werden, die Rinne des Stammes und der Zweige mit Schabeisen oder Stahlbürsten abgekratzt und mit einer Mischung von Kalk, Lehm und Kuhmist, dem man etwas Farbe oder Kienruß beifügt, bestrichen wird. Aller Abfall wird verbrannt. — Noch können Reben beschnitten und in kalten Gegenden niedergelegt werden. An Hausreben, die meist vom Schimmel befallen werden und deren eingetrocknete Trauben an den Stöcken hängen, schneide man solche ab und verbrenne sie. Die Obstlagerräume sind unter täglicher Kontrolle zu halten. Uebetriebene Dinge, wie gärendes Sauerkraut usw. dürfen im Obstkeller nicht stehen, da das Obst leicht den Geschmack annimmt. Nispeln bleiben im Freien, bis sie einen Frost bekommen haben. — Wo Wühlmäuse im Garten sind, besonders in der Nähe von Wassergräben, suche man diese mit Strichnin vergifteten Mähren oder mit Maulwurfsfallen zu töten. Eine einfache und praktische Falle für Erdkrebsen und dergl. besteht darin, an mehreren Stellen im Garten Löcher aufzuwerfen und diese mit frischem Pferdemist fest anzufüllen. Der Wärme nach ziehen die Tiere da hinein, überwintern darin und müssen im Februar oder anfangs März mit dem Mist verbrannt oder in die Sauggrube geworfen werden. — Zum Anlegen der Spargelbeete ist jetzt geeignete Zeit. Das Land muß tiefgründig sein. Wenn Spargeländer gut gedüngt werden, so liefern sie viele Jahre gute Ernten. Sollte aber doch einmal das Ertragnis nachlassen, so kann dieses wieder behoben werden durch Bestreuen der Erde mit Salz. Das Düngen der Spargel geschieht in der Weise, daß man die Erde wegräumt bis zu den Wurzeln und auf die Wurzeln den Dung bringt. 10 Pfund Salz auf 20 Quadratfuß, im März ausgestreut, wirkt wahre Wunder. Man versäume jetzt nicht, das Spargelkraut zu verbrennen, um die sich darin findende Larve der Spargelfliege zu vernichten.

granti gepuht. Am nächsten Tag kam der Kommandant, um sich persönlich wegen des Vorfalls zu entschuldigen. Der Gehauene mußte es schriftlich tun. — In diesem Lande reben sogar die Steine von der deutschen Vergangenheit. Die vielen Bergschlösser und Ruinen zeugen davon, wenn auch die französische Inschrift an erster Stelle steht. Viele, viele der Zahlen und der Gründer-Namen erinnern an die Zeit bald nach der Völkerwanderung und an die große Zeit des Karolingertums. Es hat auch in der deutschen Zeit vielfach schon am richtigen Verhalten der eingewanderten Beamten gefehlt, wenn es auch jetzt noch schlimmer sei. Ein alteingestammter Eisenbahnbeamter, der übrigens jetzt noch da sei, habe an die Lösung einer Fahrkarte nach einer — über den Krieg verbotenen — Station die Bedingung geknüpft, daß der Reisende erst sage: „Gott strafe England“. Eine Organistenfrage gibt es im Lande nicht. Zwischen Geistlichen und Lehrern besteht ein inniger Kontakt im Kampf um die Erhaltung der gemeinsamen kulturellen Güter, in erster Linie der Muttersprache und die Erhaltung derselben. In dieser Frage führen nicht nur die Zeitungen, sondern auch die berufenen Organe eine mannhafte Sprache. Die Regierung hat sich schon zu mancherlei Konzessionen verstanden und wird sich zu weiteren bequemen müssen. In den Klassen, wo man zu deutscher Zeit Kubik- und Flächenberechnungen anstellen konnte, quälen sich die Schüler noch mit Dezimalstellen ab. Französisch ist wichtiger als alles andere. Nur hochbegabte Kinder besuchen mit Nutzen die Schulen, mittelbegabte lernen zur Not etwas, die Schwachen gehen leer aus.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Cannstatter Eisenbahnunglück.

(SCB.) Eßlingen, 17. Nov. Die Maschine des verunglückten Personenzugs ist gestern nachmittag in die hiesige Eisenbahnwerkstätte verbracht worden. Es war keine leichte Arbeit. Sie bot ein Bild schrecklicher Verwüstung. Führerstand und Puffer vollständig verbogen, ebenso das Radgestell, sodaß nur noch 5 Räder herumgingen.

(SCB.) Cannstatt, 17. Nov. Der Oberschaffner Gottlob Müller aus Stuttgart, der bei dem Eisenbahnunglück schwer verletzt wurde, ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Damit ist die Zahl der Todesopfer auf 12 gestiegen. Das Befinden der übrigen Verunglückten ist befriedigend. Die Beerdigung der Todesopfer findet voraussichtlich am nächsten Montag in Cannstatt, Eßlingen, Zuffenhausen und Kornwestheim statt.

(SCB.) Pforzheim, 17. Nov. An dem großen Fabrikneubau von Garagnon und Co., der im Rohbau ziemlich fertig und halbwegs unter Dach gebracht ist, waren kurz vor Feierabend ein paar Zimmerleute mit kleinen Arbeiten im oberen Teil beschäftigt, als die frischen, schweren Eisenbetondecken der Stockböden in der Mitte des Neubaus nachgaben und alle drei Decken in einer Ausdehnung von etwa 9 Meter durchbrachen, indem sie einen Teil der westlichen Außenmauer im Maß von etwa 12 Meter Breite mitrissen. Glücklicherweise war der Bau fast leer. Die Zimmerleute entkamen unbeschädigt bis auf einen, der mit in die Tiefe stürzte und mit bedeutenden Verletzungen, u. a. einen Oberschenkelbruch, im Sanitätsauto nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Es ist der am 24. April 1884 geborene verheiratete Gottlieb Friedr. Braun von Eßlingen O. A. Nagold.

(SCB.) Hundersingen O. A. Riedlingen, 17. Nov. Dieser Tage wurde von einer Person, die nicht genannt sein will, bei der Molkereigenossenschaft für sämtliche minderbemittelten Leute Butter und Milch bezahlt, die sie im Monat Oktober in der Molkerei abgeholt hatten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Zur Ausgabe der Rentenmark.

Berlin, 16. Nov. Wie die Blätter mitteilen, ist die Notenpresse stillgelegt. Reichsschatzwechsel werden von der Reichsbank von heute ab nicht mehr diskontiert. Papiergeld wird nur noch auf Grundlage von Handelswechseln ausgegeben werden. Damit ist die wesentlichste Quelle der Papiermarkinfektion verstopft. — Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat die Reichsregierung von ihrem Darlehen bei der Rentenbank in Höhe von 300 Millionen bereits 50 Millionen Rentenmark abgerufen, um die Reichsbank in den Stand zu setzen, bereits in der nächsten Woche mit der Einziehung der Papiermark zu beginnen. Die Rentenmark ist bisher nur an die Behörden abgegeben. — Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, wird voraussichtlich mit Beginn der nächsten Woche die Ausgabe von Rentenmark an Private erfolgen. Um die Rentenmark nach Möglichkeit vor Entwertung zu schützen, will man sie möglichst vom internationalen Markt fernhalten. Der Außenhandel wird vorläufig ausschließlich mit Devisen arbeiten. Sobald wie möglich soll die Reichsbank vollgedeckte Goldnoten ausgeben, die im internationalen Warenverkehr tauschfähig sind.

Märkte.
(SCB.) Stuttgart, 17. Nov. Heute kosteten (in Millionen Mark): Edeläpfel 100—120, Tafeläpfel 60—100, Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 32—48, Spalierbirnen 100—120, Tafelbirnen 60—100, Kraut 3,6—6, Rotkraut 32—40, Rote Rüben 18—24, Zwiebeln 60—72, Spinat 40—100 das Pfund; Endivienalat 12—48, Blumenkohl 40—280, Rosenkohl 20—80, Rettiche 12—32, Sellerie 20—70 das Stück; Kartoffeln 18, Teigwaren 630—400, Haferstroh 240, Erbsen 220—270, Bohnen 250, Linsen 270, Milchpulver 600 das Pfund, Dosenmilch 450—1000, Hefe 28 Milliarden die 15 Gramm. Eier waren nicht am Markt. Butter kostete 1360, Schmalz 700, Margarine 650, Schmelzmargarine 700, Kokosfett und Palmin 650—680, Rinderfett 650—720, Speisefett 680, Fettgänse 700—900 Milliarden das Pfund, Salatöl 1400 das Liter, Emmentalerkäse 228—240, Tilsiter 204, Romadour 160, Badsteinkäse 114—120 die 100 Gr., Kräuterkäse 560 das Kilo, 60 der Stöpsel, Camembert 206 Milliarden das Kilo.

(SCB.) Buchau, 17. Nov. Bei der Stockholzversteigerung konnte beobachtet werden, daß verschiedene Käufer infolge Mangels an Bargeld ein Quantum Frucht mitgeführt hatten, die sie erst verkaufen mußten, um einen Gegenwert in Händen zu haben. Bei starker Steigerung durch die vielen Kauflustigen kommen Stockholzpreise zwischen 3 und 8 Billionen Mark zu stehen.

Die hiesigen Kleinhandelspreise dürften sich erheblich nicht an den Waren- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der H. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Bekanntmachung
betr. Wiederveräußerungsbescheinigung
der luguststeuerpflichtigen Kleinhändler.

Gemäß § 201 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 werden die im Besitz einer Bescheinigung zum luguststeuerfreien Einkauf steuerpflichtiger Gegenstände befindlichen Kleinhändler hiemit auf den Ablauf der Gültigkeit dieser Bescheinigung mit dem 31. Dezember ds. Js. aufmerksam gemacht. Zwecks Ausstellung einer neuen Bescheinigung für 1924 wäre bis zum 1. Januar 1924 ein entsprechender Antrag beim Finanzamt zu stellen.

Hirsau, den 15. November 1923.
Finanzamt: Voelter.

Monakam.
Die Gemeinde verkauft aus Gemeindefeld Länge
12 Stück
Langholz
(Tannen) mit zusammen 14,12 Festmeter.

Schriftliche Angebote in Prozenten der neuen Forstpreise sind bis Mittwoch, den 21. November, abends 7 Uhr, einzureichen. Gemeinderat.

Calw, 19. November 1923.
Dankfagung.

Für die anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter und Schwester
Berta Hauser
uns in so zahlreicher Weise erwiesene Teilnahme und die vielen Kranzspenden sagen wir unseren besten Dank. Insbesondere danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Lang sowie den ehrwürdigen Krankenschwestern für ihre stets bereite, liebevolle Pflege.
Familie Karl Hauser-Hartsch.

Calw, (Windhof), den 19. November 1923.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Oaten
Jakob Ganzhorn
sagt auf diesem Wege herzlichen Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Maria Ganzhorn.

Stadtgemeinde Calw.
Stammholz-
Verkauf



am **Donnerstag, den 29. November 1923**
nachmittags **2 Uhr**
im schriftlichen Ausschreibungsamt Abteilung Wimmergerhof.
440 Fm. Fi.- u. La.-Stamm- und Sägholz
I.-V. Klasse
Ankunft und Losverzeichnisse durch Herrn Förster Winterle.
Besichtigung zu dem Verkauf am 22. November 1923.
Die Hölzer sind in Klasse I—V eingeteilt.
Calw, den 16. November 1923. Stadtpflege: Fren.

Schmieh. **einige Hundert**
Die Gemeinde verkauft **weißtannene**
am **Mittwoch, den 21. Nov.** **Christbäume.**
Mittags **2 Uhr** auf dem **Gemeinderat.**
Platz beim Reservoir

Zahnpraxis Weilderstadt
von
H. K. Knapp Marktplatz
(Gasthaus zur Ratstube). Fernspr. 15
Sprechstunden:
Dienstags, Donnerstags
und Samstags sowie an **Markttagen**
von **11 Uhr** vormittags bis **6 Uhr** abends.
Zahnziehen mit örtl. Betäubung
meistens schmerzlos.
Erstklassige Ausführung der modernen Zahnheilkunde und Zahntechnik im eigenen Laboratorium, auf Grund 20jähriger Fachtätigkeit, bei Verwendung nur erstklassigen Materials und äußerst schonender Behandlung.
Mäßige Preise, bedeutend niedriger
wie die meiner Konkurrenz.
Auskunft und Beratung kostenlos.
H. K. Knapp
Hauptsitz Stuttgart, Falkenstr. 61
Fernsprecher S. A. 22276.

Ständiges Inferieren bringt Erfolg.

An unsere Leser!
Die fortgesetzten Preissteigerungen auf allen Gebieten zwingen uns, den
„Bezugspreis für das Calwer Tagblatt“
für die laufende Woche
auf 175 Milliarden Mark festzusetzen.
Wir bitten unsere Bezahler, den obigen Betrag bereit zu halten u. dadurch unseren Ausrägern das Einzugsgeschäft zu erleichtern. **Quittungen, die mehrmals vergeblich vorgezeigt werden, unterliegen einem Entwertungszuschlag** in Höhe der Kursdifferenz.
Städtisches Notgeld von auswärtigen Plätzen und Notchecks auswärtiger Firmen werden nicht in Zahlung genommen.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

ILLUSTRIERTE KATALOGE
ADRESSKARTEN
Wenn Reklame-Drucksachen usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur packenden Herstellung auch mit dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der
Reklame-Drucksachen
bedingt darum stets deren Erfolg! Wirklich zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in kürzester Frist
A. Oelschläger'sche Buchdruckerei
Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 151
PROSPEKTE • PLAKATE